

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung genehmigte im Zeitraum von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien in Höhe von 675 Mio. Euro (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2000 bis 2009). Allein im Jahr 2009 waren es Genehmigungen in Höhe von 168 Mio. Euro, unter anderem für Bodenüberwachungsradar, Teile für Feuerleiteinrichtungen, Teile für Kampfflugzeuge und Tankflugzeuge, Kommunikationsausrüstung, Software für Waffensysteme und Grenzsicherungssysteme und Teile für Raketen, Flugkörper und Granaten.

Zudem hat die Bundesregierung den Export von Fertigungsunterlagen und Spezialmaschinen zum Aufbau einer Waffenfabrik genehmigt. Das deutsche Rüstungsunternehmen Heckler & Koch GmbH hat eine Lizenz an Saudi-Arabien zur Produktion des neuen Sturmgewehres G 36 vergeben und baut gegenwärtig eine Produktionsanlage für dieses Gewehr auf (Rüstungsexportberichte 2004 bis 2009, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 17/4383). Die Fabrik wird bald fertiggestellt sein und dann über Jahrzehnte diese Waffe produzieren können.

2. Die Bundesregierung hat sich in ihren „Politischen Grundsätzen“ verpflichtet, bei der Entscheidung über Rüstungsexporte „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland [...] besonderes Gewicht“ beizumessen (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000).

In Saudi-Arabien werden grundlegende Menschen- und Bürgerrechte systematisch missachtet. Laut Menschenrechtsberichten der Bundesregierung ist Folter weit verbreitet, die Todesstrafe wird oft verhängt und vollstreckt, grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen, wie Körperstrafen (z. B. Auspeitschen), werden regelmäßig vollzogen. Freie Meinungsäußerung ist nur sehr eingeschränkt möglich, Dissidenten werden inhaftiert, Geständnisse erzwungen, die Religionsausübung für nichtmuslimische Religionen ist ver-

boten, die schiitische Minderheit im Osten des Landes wird diskriminiert und ausländische Arbeitskräfte sind weitgehend rechtlos (8. und 9. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung). Frauen werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten (9. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik) und haben keine Rechtspersönlichkeit (www.auswaertiges-amt.de). So ist das Prinzip der Vormundschaft der Männer über Frauen zwar rechtlich nicht vorgeschrieben, aber weithin akzeptierte Praxis, gegen die auch die Regierung wenig unternimmt. Es gibt kein spezifisches Gesetz, das Gewalt gegen Frauen zum Gegenstand hat und Gewalttäter werden weder verfolgt noch bestraft (Concluding Comments of CEDAW Saudi-Arabia, 8. April 2008 – CEDAW = Committee on the Elimination of Discrimination against Women). Homosexuelle Handlungen werden nach Ermessen des Richters mit Freiheitsentzug und/oder Stockschlägen bestraft, sogar die Todesstrafe kann verhängt werden (www.auswaertiges-amt.de). Dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 sowie dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 ist Saudi Arabien nicht beigetreten (<http://treaties.un.org>).

3. Die Bundesregierung hat sich mit dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU dazu verpflichtet, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität einer Region als ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Rüstungsexporte zu beachten (Gemeinsamer Standpunkt, Artikel 2 Kriterium 4, 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008; GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Saudi-Arabien liegt in einem Krisengebiet. Seit Jahrzehnten ist die Region von Konflikten – zum Teil offenen Gewaltkonflikten und Kriegen – geprägt.

Saudi-Arabien greift militärisch in Konflikte in Nachbarländern ein, so zuletzt durch die Entsendung von Truppen zur Unterdrückung der Protestbewegung in Bahrain.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien mehr zu erteilen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion